

**Postulat SP/JUSO (Miriam Schwarz): Tatsächliche Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen ermöglichen!**

Im Mai 2003 hat der Stadtrat das Reglement über die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen verabschiedet. Teil davon ist das Kinderparlament (KiPa), welches ab Herbst 2004 seine Arbeit aufnahm. Die Kinder von 8 - 13 Jahren erhielten so ein eigenes Parlament mit Mitteln, Rechten und Pflichten, um ihre Anliegen zu diskutieren und zuhanden der Erwachsenen zu verabschieden. Ein wichtiges Instrument des Kinderparlaments sind die Arbeitsgruppen, die den Parlamentsbetrieb regeln, die Finanzen verwalten und Geschäfte vorbereiten und begleiten.

Das Reglement über die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen ist ein gutes Instrument, das die Absicht hat, Kinder und Jugendliche aktiv am öffentlichen Leben teilnehmen zu lassen, ihnen ermöglicht, die eigene Meinung einzubringen, zu aktuellen Themen Stellung zu beziehen sowie das Zusammenspiel in der Wahrnehmung von Rechten und Pflichten sowie sozialer Verantwortung zu üben.

Damit die Kinder und Jugendlichen über die Möglichkeit der Mitwirkung Bescheid wissen, ist es unerlässlich, in den Quartieren Gefässe zu schaffen, die ihnen gerecht werden. Hearings und Workshops sind keine Instrumente, die Kinder und Jugendliche in Scharen begeistern. Die Jugendmotionärinnen und Jugendmotionäre können ihre Anliegen direkt im Stadtrat vertreten. Die Erstunterzeichnerin bzw. der Erstunterzeichner kann im Stadtrat zur Motion sprechen, sie in ein Postulat umwandeln oder sie zurückziehen. Für viele Jugendliche ist es nicht einfach zu unterscheiden, was eine Motion oder ein Postulat ist, was umwandeln heisst etc. Dies verlangt nach mehr Unterstützung und Begleitung seitens der Stadt, damit die Jugendlichen sich ernst genommen fühlen. Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport verfügt mit ihrer „Part- Stelle für Jugendmitwirkung“ über eine dafür geeignete, kompetente Fachstelle.

Die neben dem „Kinderparlament“ und der „Jugendmotion“ ebenfalls im Reglement aufgeführten „Ansprechpersonen“ geben allen Kindern und Jugendlichen qualifizierte Antworten, wie sie ihre Anliegen planen und umsetzen können:

Profis aus Gemeinwesenarbeit und Soziokultur werden von der Stadt für ihre wichtige Aufgabe nur symbolisch entschädigt. Sie haben kaum Ressourcen, um ihr Angebot besser bekannt zu machen sowie Kinder und Jugendliche gut und effizient über Mitwirkungsmöglichkeit zu informieren. Ansprechpersonen spielen in der Stadt Bern immer noch eine Pionierrolle, um die sie von Mitwirkungsfachleuten aus anderen Schweizer Städten beneidet wird.

Wir bitten den Gemeinderat Folgendes zu prüfen:

1. Die Hearings und Workshops durch andere Gefässe zu ersetzen mit dem Ziel, Kinder und Jugendliche bei ihren Mitwirkungsmöglichkeiten zu begleiten.
2. Die Direktion BSS unterstützt und begleitet federführend jugendliche Motionärinnen. Jugendmotionen werden im Stadtrat prioritär behandelt.
3. Die „Ansprechpersonen“ sind mit genügend Ressourcen auszustatten, damit diese ihr Unterstützungsangebot tatsächlich bekannt machen und umsetzen können.

*Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz, SP), Ursula Marti, Gisela Vollmer, Giovanna Battagliero, Rithy Chheng, Annette Lehmann, Leyla Gül, Guglielmo Grossi, Patrizia Mordini, Ruedi Keller, Rolf Schuler, Corinne Mathieu, Beat Zobrist, Nicola von Greyerz*

### **Antrag des Gemeinderats**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 18. August 2010

Der Gemeinderat